

Presseinformation

Nr. 457/2011

Kiel, Donnerstag, 15. September 2011

Wolfgang Kubicki: SPD sollte lieber argumentieren als denunzieren!

Zur Debatte über die Finanzsituation in Europa sagt der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, **Wolfgang Kubicki**:

„Ich bin verwundert über die Stoßrichtung der Debatte, denn Europa verdient besseres als einen polemischen Schlagabtausch darüber, wer denn die Schuld an den heutigen Problemen hat. Wir sollten offen über Lösungen diskutieren und nicht nach Sündenböcken suchen. Niemand hat ein Patentrezept und niemand sollte so tun, als hätte er es. Gerade weil der Sachverhalt aber so kompliziert ist, muss alles diskutiert werden, um eine Lösung zu finden. Auch ein Schuldenschnitt muss diskutiert werden dürfen“, fordert Kubicki. Die Denkverbote der SPD förderten Europamüdigkeit, denn viele Menschen fühlten sich von der Politik nicht mehr mitgenommen. Die SPD sollte lieber argumentieren als denunzieren, wenn ihr etwas an der Lösung des Problems läge, fordert Kubicki. Eine ernsthafte Debatte frage danach, was ökonomisch sinnvoll sei und was die europäische Idee am Leben erhalten könne. Es gehe darum, „die europäische Idee in unseren Herzen zu retten und zu forcieren“, so Kubicki.

„Erstaunlich ist auch, dass die SPD sich um die Rendite-Erwartungen der Großbanken sorgt, wenn sie das Ausfallrisiko der Griechenland-Anleihen übernehmen will, so Kubicki.“ Die Zinsen für Griechenland-Anleihen seien so hoch, eben weil ein Ausfallrisiko bestehe. Wenn Deutschland nun erkläre, dass Griechenland auf jeden Fall gerettet würde, sei das ökonomisch fatal. Diese gedankenlose Form uneingeschränkter Solidarität sei zwar schön für Sonntagsreden, aber die Frage müsse sein, ob Deutschland den Griechen mit seinen Maßnahmen helfe, so Kubicki. Ein weiterer Beleg für die Orientierungslosigkeit der Sozialdemokraten in Wirtschaftsfragen sei die Forderung einer Garantieübernahme auf europäischer Ebene bei gleichzeitiger Ablehnung von Bund-Länder-Anleihen. Auch der Grüne Robert Habeck habe in der Debatte sein ökonomisches Unvermögen zu Tage gebracht. Deutlich sei dies unter anderem dadurch geworden, dass Habeck auf der einen Seite einen Schuldenschnitt für unumgänglich halte, sich auf der anderen Seite aber gegen eine mögliche geordnete Insolvenz Griechenlands ausspreche, wobei das eine ohne das andere nicht möglich sei, erklärt Kubicki abschließend.



Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Günther Hildebrand, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL
Parlamentarische Geschäftsführerin

www.fdp-sh.de